

SPD-FRAKTION IM RAT DER STADT ESCHWEILER

Johannes-Rau-Platz 1 - 52249 Eschweiler

An
Stadt Eschweiler
Herrn Bürgermeister
Patrick Nowicki

SPD-Fraktion im Rat der Stadt
Eschweiler
Johannes-Rau-Platz 1
52249 Eschweiler

Ausschließlich per E-Mail

Eschweiler, 02.03.2026

Antrag auf Vorlage eines Sachstandsbericht zum interkommunalen Gewerbegebiet Kinzweiler sowie zum städteregionalen Gewerbeflächenpool

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nowicki,

die SPD-Stadtratsfraktion beantragt, den Tagesordnungspunkt „Sachstandsbericht zum interkommunalen Gewerbegebiet Eschweiler-Kinzweiler sowie zu den aktuellen Entwicklungen im städteregionalen Gewerbeflächenpool“ auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Strukturwandel, Wirtschaftsförderung und Tourismus zu setzen und hierzu einen umfassenden Bericht der Verwaltung vorzulegen.

Begründung:

Wir stehen voll und ganz hinter der gewerblichen und industriellen Entwicklung in Eschweiler. Den Kurs der vergangenen Jahre, Gewerbegebiete auszuweisen und Ansiedlungen zu schaffen, werden und wollen wir fortsetzen. Wir sind überzeugt davon, dass nur die Ansiedlung von Gewerbe Wohlstand, gut bezahlte und mitbestimmte Arbeitsplätze erhalten kann und damit für das gesellschaftliche Zusammenleben in Eschweiler von entscheidender Wichtigkeit ist. Schon in den vergangenen Jahren ist das mit zahlreichen Unternehmen und an zahlreichen Standorten gelungen.

Ein weiterer wichtiger Standort, den es zu entwickeln gilt, ist das „Interkommunale Gewerbegebiet Eschweiler-Kinzweiler“. Mit der Bekanntmachung der Regionalplanänderung durch die Bezirksregierung Köln haben sich Rahmenbedingungen für interkommunale Gewerbeflächenentwicklungen in der Region verändert. Während Gewerbe- und Industriebereiche in anderen Kommunen nicht mit einer interkommunalen Zweckbindung versehen wurden, gilt diese weiterhin ausdrücklich für das Gewerbegebiet Eschweiler- Kinzweiler. Damit bleibt die Stadt Eschweiler für die spätere Nutzung der Flächen auf mindestens eine Partnerkommune angewiesen.

Gleichzeitig ist unklar, in welcher Form der städteregionale Gewerbeflächenpool künftig Bestand haben wird; so hat die Gemeinde Roetgen bereits den Austritt aus dem Gewerbeflächenpool erklärt und eingebrachte Flächen zurückgezogen. Die rechtliche Bindung an den Gewerbeflächenpool wird offenbar

derzeit durch die StädteRegion Aachen geprüft. Damit besteht unmittelbarer Klärungsbedarf hinsichtlich der Perspektiven und Risiken für das interkommunale Gewerbegebiet in Kinzweiler.

Zugleich ist zu berücksichtigen, dass die projektbezogene Entwicklung im Kontext des Strukturwandels und damit verbundener Förderungen grundsätzlich unabhängig von der späteren interkommunalen Zuordnung erfolgen kann und zeitnah vorangetrieben werden soll. Wie sich allerdings der aktuelle Sachstand hinsichtlich möglicher Förderungen des Projekts aus Strukturwandelmitteln gestaltet, ist nach wie vor unklar.

Nachdem das Projekt „Interkommunales Gewerbegebiet Eschweiler Kinzweiler“ zunächst noch im damaligen Sterneverfahren der ZRR (vorher IRR) gemeldet wurde, ist dieses Verfahren inzwischen überholt. Gerade deshalb ist Transparenz über den aktuellen Stand, mögliche Szenarien sowie Konsequenzen für Eschweiler von besonderer Bedeutung.

Ein Sachstandsbericht im Fachausschuss soll insbesondere darstellen:

- den aktuellen rechtlichen Stand zum Gewerbeflächenpool innerhalb der Städteregion Aachen,
- den aktuellen Sachstand bezüglich der Entwicklung des interkommunalen Gewerbegebiets Eschweiler-Kinzweiler,
- die mögliche Fördersystematik zur Entwicklung des Gewerbegebiets,
- den Sachstand zur verkehrlichen Anbindung des Gewerbegebiets,
- die Positionen und Planungen der beteiligten Kommunen bezüglich der interkommunalen Zusammenarbeit,
- die Auswirkungen des Austritts einzelner Kommunen,
- mögliche Handlungsoptionen für die Stadt Eschweiler (inkl. Zeitplan),
- Auswirkungen auf Strukturwandelförderung und Flächenentwicklung.

Gerade vor dem Hintergrund der regional unterschiedlichen Interessenlagen und der dynamischen Entwicklungen ist eine frühzeitige politische Befassung notwendig, um Planungssicherheit für Wirtschaftsansiedlungen und Strukturwandelprojekte zu gewährleisten.

Mit freundlichen Grüßen



Aaron Möller
Fraktionsvorsitzender